

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (Post- und Transportkosten 1,50 RM., zuzüglich Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen und Postwechselungen nehmen zu. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4-spaltige Raumzeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3-spaltige Reklamazeile im ersten Teil 1 RM. Nachzahlungsgebühr 20 Reichspfennige. Tages- und Nachzahlungen werden nach Möglichkeit angenommen bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Ami Wilsdruff Nr. 6. Für die Wichtigkeit der Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 279 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Dienstag, den 29. November 1932

Der neue Nichtangriffspakt.

Vor zehn Jahren, als auf der Konferenz von Genève die Alliierten mit Herrn Lloyd George an der Spitze die deutschen Vertreter wieder einmal überfuhrten, gab es auf einmal einen fürchterlichen Krach: die „Bomben von Rapallo“ schlug ein, die Kunde von dem dort abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag, der die gesamten politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zwischen Deutschland und Sowjetrußland bereinigte und natürlich auch die gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung in sich schloß, — zum erstenmal hatte das die Sowjetregierung erreicht. Am weitesten hiß da Lloyd George den Mund auf und verlangte entweder Vorlegung des Vertrages von Rapallo an die vier großen Mächte oder die Annulierung des Übereinkommens. Diese Proteste verliefen im Sande, und fünf Jahre später wurde der Vertrag auf unbestimmte Zeit erneuert.

Lange Zeit hindurch ist es der Moskauer Regierung nicht gelungen, mit einer Großmacht einen derartigen Vertrag abzuschließen. Im vergangenen Jahre aber vermochte die zähe Arbeit Briand — als Gegner der von Poincaré immer befolgt oder empfohlenen „Politik der Intervention“ gegenüber Rußland — wenigstens die Ausarbeitung eines „Nichtangriffspaktes“ zwischen Frankreich und Rußland durchzusetzen, der zwar „paraphiert“, aber noch nicht „ratifiziert“ wurde, also noch keine Rechtskraft erhielt. Denn die Pariser Regierung — nun hängt die Geschichte an, recht verwickelt zu werden! — drängte darauf, daß auch zwischen Warschau und Moskau ein solcher Nichtangriffspakt abgeschlossen würde. Die polnische Regierung war „grundfänglich“ dazu bereit, weil man sich daraus eine Rüdenbedeckung gegenüber Deutschland versprach, forderte aber ihrerseits als stärkste Macht unter den „Mandatsstaaten“ Litauen, Estland, Finnland, Lettland, zusammen mit diesen oder vielmehr an deren Spitze zu einem derartigen Pakt zu gelangen. Und ferner wollte man in Warschau nicht abschließen, wenn nicht auch zwischen Rußland und Rumänien eine solche vertragsmäßige Einigung zustande gebracht würde; dieser steht der Streit um Weisara bei entgegen, das sich Rumänien zur Zeit der Bürger- und Interventionskriege in Rußland einfach eroberte. Moskau aber weigert sich, dieses Land verloren zu geben.

Der Sowjetregierung, genauer gesagt: der Laskin-Litwinow, des Volkskommissars für das Auswärtige und Nachfolgers Tschitscherins, ist es gelungen, alle diese „Vorbedingungen“ fortzuräumen. Mit jedem der Mandatsstaaten schloß Rußland seinen Sonderpakt; Polen entschlöß sich jetzt auch dazu, obwohl die russisch-rumänischen Verhandlungen soeben glatt gescheitert sind und der jetzige Außenminister Titulescu es offen erklärte. Auch in Paris zögerte man nicht länger: der französisch-russische Nichtangriffspakt ist perfekt. Mehr noch nicht, wohlgeachtet! Aber es beginnen schon in Paris die Handelsvertragsverhandlungen mit dem russischen Botschafter. Ob man dabei wieder auf die russischen Vorkriegs- und Kriegsschulden zurückkommen wird, die heute — theoretisch und „rechtlich“ — die runde, nette Summe von ungefähr 150 Milliarden Mark ausmachen? Sowjetrußland hat sie nie anerkannt und wird sie auch nie anerkennen. Für Rumänien aber erreichte Herriot von der Moskauer Regierung die Zusicherung, im Streit wegen der besarabischen Frage nicht zur Gewalt zu greifen. Polen hatte besonders heftig zum Abschluß gedrängt und — bezeichnend ist, daß die endliche Einigung mit Rußland in Paris erfolgte; es war die erste politische Tat des neuen polnischen Außenministers Wed. Er erreichte in dem Abkommen nun aber nicht, daß ihm Rußland auch die polnische Westgrenze garantierte; andererseits muß man in Warschau auch gewisse ausweichende Hoffnungen zu Grabe tragen, die auf einen Vorstoß in südöstlicher Richtung über die Ukraine bis zum Schwarzen Meer zielten. Der Nichtangriffspakt bezieht sich also nur auf die russisch-polnische Grenze.

Zelbstverständlich liegt diesen politischen Vertragsabschlüssen vor allem das Streben der Moskauer Regierung zugrunde, im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues vor äußeren Konflikten mit Europa bewahrt zu bleiben. Darauf ist Stalins Politik jetzt so sehr abgestellt, daß er die Verträge mit dem Westen seinerseits wieder als eine Rüdenbedeckung dafür betrachtet, wenn aus dem Kampf um die Mandatsurei eine gefährliche Feuerbrunst entstehen sollte. Denn dort hat sich die Reibungsfläche mit Japan zusehends vergrößert. Wirtschaftspolitische Gründe nahegelegener Art sprechen auch für die Vereinfachung des Verhältnisses mit dem gold- und kreditmächtigen Frankreich, das ja bereits die zaristische Regierung mit so großen Erfolgen angepumpt hat.

Mit diesen Nichtangriffspakt-Abschlüssen ist die Sowjetregierung sozusagen wieder ein Stück weiter zwischen die europäischen Staaten hineingerückt, — und das ist etwas, was vom deutschen Standpunkt aus an dieser Entwicklung zu begrüßen ist! Flugblätter haben in französischen und polnischen Zeitungen daraus ein Ab-

Wird Schleicher doch Reichskanzler?

Schleichers Besprechungen.

Um den politischen Burgfrieden. Die bereits am Sonntag begonnene, inoffizielle Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung sind am Montag fortgesetzt worden. Diese Besprechungen wurden von drei dem Reichspräsidenten nahestehenden Persönlichkeiten geführt. Staatssekretär Meißner verhandelte mit Vertretern des Zentrums vor allem über die Frage des inneren Bauszustandes, während der geschäftsführende Reichskanzler von Papen Aussprachen mit Führern der deutschen Wirtschaft hatte.

Im Mittelpunkt der politischen Besprechungen stehen allerdings die Konferenzen, die General von Schleicher in den letzten Tagen mit Politikern und Wirtschaftlern hatte. Allgemein beachtet wurde hierbei, daß General von Schleicher auch Vertreter der Sozialdemokratie empfangen hat, und zwar den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dr. Breitscheid sowie den Vorsitzenden des auf sozialdemokratischem Boden stehenden Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, und den Gewerkschaftsführer Eggert von den Freien Gewerkschaften.

Die Besprechungen des Generals von Schleicher laufen vor allem darauf hinaus, die Haltung der Parteien gegenüber einem von ihm als Reichskanzler geführten Kabinett festzustellen. General von Schleicher will, bevor er den Auftrag zur Bildung der Reichsregierung übernimmt, untersuchen, ob die Parteien geneigt sind, ein Kabinett Schleicher über die Wintermonate zu tolerieren. Nur in diesem Falle würde er sich bereit erklären, das Reichskanzleramt zu übernehmen.

Natürlich werden auch die Parteien ihre Bedingungen stellen und man nimmt an, daß die Forderung auf Zurückstellung der Verfassungreform besonders für das Zentrum der Hauptpunkt ist. Die Verhandlungen über den Nichtangriffspakt werden auch auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten geführt, der das neue Präsidialkabinett auf möglichst breiter Grundlage aufgebaut sehen möchte. Deswegen werden auch nicht nur Besprechungen mit politischen Parteien, sondern auch mit wirtschaftlichen Organisationen gepflogen. Hindenburg möchte alle Möglichkeiten erschöpfen, bevor er gezwungen wäre, sich zu ernstlichen Maßnahmen zu entschließen.

In politischen Kreisen wird behauptet, daß in jedem Falle weitgehende Umbildung der Reichsregierung erfolgen wird. Angeblich soll nur Reichswehrminister von Schleicher, Reichsaussenminister von Neurath, Reichsjustizminister Dr. Gürtner und Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Amte bleiben. Alle übrigen Ministerien sollen neu besetzt werden.

Die Unterredung Kaas-Schleicher.

Falsche Behauptungen über Dr. Hugenberg. Der Reichswehrminister von Schleicher hatte am Montag eine Unterredung mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Prälaten Kaas. Die Unterredung dauerte über zwei Stunden. Ergebnis und Inhalt wurden für streng vertraulich erklärt. Wie jedoch aus Zentrumskreisen verlautet, hat der General von Schleicher in der Unterredung über Art und Umfang des ihm vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages berichtet. In der Unterredung wurde hierauf die Stellungnahme des Zentrums zu diesem Auftrag erörtert. Wie es heißt, ist der Gesamteindruck beim Zentrum günstig, und es wird nicht für ausgeschlossen gehalten, daß auf der Grundlage dieses Auftrages eine Verständigung zu erreichen sei.

Als Begründung hierfür wird angeführt, daß die gesamte Lage neuerdings auch bei der Linken nüchterner als bisher beurteilt werde. Auch sei den Gewerkschaften ein starkes Entgegenkommen hinsichtlich der sozialpolitischen und lohnpolitischen Notverordnungen, zum Teil sogar auch ihre Aufhebung zugesagt worden. Jedoch rechnet man in Zentrumskreisen damit, daß die Verhandlungen sich noch längere Zeit hinziehen werden, eventuell bis zum Zusammentritt des Reichstages, das heißt bis zum 6. Dezember. General von Schleicher beabsichtigt jeden-

rten von Deutschland gemacht, dem man ja auch allerhand dunkle militärische Vereinbarungen mit Rußland nachzusagen gewohnt war. Das Gegenteil ist richtig: Immer hat Deutschland darauf hingedrängt, Rußland die Tore Europas weiter öffnen zu lassen, und wenn auf der Senfer Abrüstungskonferenz Litwinow seine für Frankreich nicht gerade sehr angenehme Rolle spielte, so konnte dies geschehen, weil auf deutschen Antrag im Völkerbund auch die Sowjetregierung zu den internationalen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage eineladen worden ist.

falls, nichts zu überreifen und die Verhandlungen in Ruhe zu führen.

Eine Reihe von Zeitungen verzeichnen im Zusammenhang mit der politischen Lage die bekannte deutsch-nationale Forderung auf Zusammenlegung der vier wirtschaftlichen Ministerien zu einem Außenministerium. Alle hieran geneigten Betrachtungen und Behauptungen, wonach der Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, die Bewilligung dieser Forderung zur Voraussetzung für die Unterfertigung des kommenden Kabinetts gemacht habe, sind, wie betont wird, in das Reich der Kombinationen zu verweisen.

Die Entscheidung liegt bei der NSDAP.

Ein Übergangskabinett von Schleicher gesichert? Nach dem Ergebnis der Besprechungen, die General von Schleicher und von Papen am Montag geführt haben, muß es als nicht unwahrscheinlich gelten, daß es in Kürze gelingen wird, ein Übergangskabinett unter der Führung des Generals v. Schleicher zu bilden.

Das Ergebnis der bisherigen Besprechungen des Reichswehrministers Schleicher dürfte klar gestellt haben, daß die NSDAP. grundsätzlich zu einem Kabinett Schleicher in Opposition steht, während sowohl Zentrum als auch Vaterländische Volkspartei und DVP. nicht abgeneigt sein dürften, ein Kabinett Schleicher zu tolerieren. Eine Besprechung zwischen von Schleicher und Hugenberg hat nicht stattgefunden, ebensowenig übrigens, wie Hugenberg mit von Papen verhandelt hat. Die Entscheidung über das Zustandekommen eines Übergangskabinetts von Schleicher hängt also nur noch von den Verhandlungen mit der NSDAP. ab. Straffer und Fried werden voraussichtlich im Laufe des Dienstags in Berlin eintreffen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß eine Verständigung zwischen von Schleicher und der NSDAP. nicht ausgeschlossen ist, wenn von vorheriger Klärung gestellt wird, daß das Kabinett nur ein Übergangskabinett für ganz kurze Zeit ist.

Wenn dies eindeutig festgelegt wird und von Schleicher auch noch auf den Teil der sozialpolitischen Maßnahmen und der Verfassungsreform verzichtet, die von den Parteien, die sich nunmehr zu einer beschränkten Tolerierung des Übergangskabinetts bereit erklären, bekämpft wurden, kann das Kabinett von Schleicher als gesichert gelten. Die letzte Entscheidung liegt jedoch in allen diesen Fragen beim Reichspräsidenten, so daß es durchaus noch möglich ist, daß von Papen doch noch einmal vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt wird — vorausgesetzt, daß von Papen hierzu bereit ist.

Bezeichnend für den Optimismus, mit dem man die Bemühungen von Schleicher in Berlin verfolgt, ist, daß auch bereits die kabinettistische von Schleicher in den Blättern besprochen wird. So nimmt man an, daß von Schleicher als Reichskanzler auch das Wehrministerium zu behalten wünscht. Weiter, daß er das Innenministerium, falls es ihm nicht gelingt, hierfür einen nationalsozialistischen Vertrauensmann zu gewinnen, Dr. Bracht überträgt, daß das Landwirtschaftsministerium von Herrn von Knebel-Dörerbis übernommen wird, und daß endlich Wirtschaft und Arbeit von Landrat a. D. Dr. Gercke übernommen werden. Die letzte Kombination wird allerdings noch nicht ganz ernst genommen.

Die Presse zur Lage.

Berlin, 29. Nov. Die Ausichten für eine „Schleicher-Lösung“ sind nach der „D. A. Z.“ wieder langsam im Steigen begriffen, nachdem sie zeitweise bereits rückgängig bewertet worden seien. Heute (Dienstag) abend werde ein gemeinsamer Empfang des Reichskanzlers v. Papen, des Reichswehrministers v. Schleicher und des Staatssekretärs Meißner beim Reichspräsidenten stattfinden. Er solle die Grundlagen für die Entscheidung Hindenburgs bringen. Nach der „D. A. Z.“ wird als Nachfolger des Reichsarbeitsministers Schäffer der Schlichter für Berlin, Brahn, genannt. Das Reichswehrministerium werde in einem Kabinett Schleicher vermutlich kommissarisch durch den Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, verwaltert werden.

Die „Politische Zeitung“ erfährt, das Reichswehrminister v. Schleicher heute den Besuch Gregor Strassers erwartet. Das werde wohl die ausschlaggebende Unterredung sein, nach der sich Reichswehrminister v. Schleicher ein genaues Bild davon werde machen können, ob eine Art politisches Moratorium für die Wintermonate erreichbar sei oder nicht.